

«Diese Kinder kennen nur Krieg»

Bundesrat Didier Burkhalter über seinen Besuch bei syrischen Flüchtlingen im Libanon.

VON SARAH SERAFINI AUS BEIRUT

Von Blaulicht eskortiert, rast der schwarze Geländewagen in halsbrecherischem Tempo durch Beirut. In seinem Innern sitzt Bundesrat Didier Burkhalter. Hinter den gepanzerten Autoscheiben zieht die Hauptstadt Libanons mit all ihren traurigen Gegensätzen vorbei. Neben den Trümmern des letzten Krieges stehen neue Luxushotels, syrische Flüchtlingskinder verkaufen auf der Strasse Nastücher, aufgebrelzte Libanesinnen sitzen in einem Café und ziehen an einer Wasserpfeife. Burkhalter ist auf Besuch im Land, wo jeder Vierte ein Flüchtling ist.

Herr Bundesrat, Sie reisen viel, sind immer nur kurz in einem Land. Wie verarbeiten Sie diese Eindrücke?

Didier Burkhalter: Am Anfang war es nicht einfach, das gebe ich zu. Ich war manchmal nur kurze Zeit in einem Krisengebiet und musste danach meine Eindrücke schildern, gegenüber Kollegen in der Politik oder gegenüber den Medien. Eigentlich hätte ich mehr Zeit gebraucht, um die Situation zu erfassen und zu verstehen. Inzwischen kenne ich die Länder besser und kann darum mit kurzen Aufenthalten umgehen.

Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn Sie aus den Autofenstern schauen und die bettelnden Flüchtlinge am Strassenrand sehen?

Es ist bedrückend. Aber ich versuche, immer auch Positives zu sehen. Ich sehe mich als einen Vermittler von Schweizer Werten. Ich weiss, wir können den Frieden nicht überallhin bringen. Aber wir können erreichen, dass es ein bisschen weniger Armut, weniger Leiden, etwas mehr Recht gibt.

Das klingt schön und gut. Aber wie können Sie hier im Libanon wirklich helfen?

Die Syria-Krise ist für die Schweiz die grösste humanitäre Aktion aller Zeiten. In den letzten fünf Jahren haben wir sehr viel getan. Es ist keine kurzfristige Krise und darum reicht nur Nothilfe nicht aus. Als ich in Jordanien ein Flüchtlingslager besucht habe, zeigte mir eine junge Frau ihre Kinder. Der eine Sohn war vier Jahre alt und kam während des Krieges in Syrien zur Welt. Der andere Sohn war ein Jahr alt und kam im Flüchtlingslager zur Welt. Diese Kinder kennen nur den Krieg. Sie brauchen dringend Strukturen.

Das heisst?

Dass die Flüchtlinge eine langfristige Unterstützung brauchen. Sie brauchen fließendes Wasser, Kinder eine Bildung und Eltern einen Job. In diesem besagten Flüchtlingslager in Jordanien haben wir beispielsweise ein Wassernetz hochgezogen. Wir müssen den Schutz für die Flüchtlinge in ihrer Region erhöhen, damit sie sich



Bundesrat Didier Burkhalter am Mittwoch in Hay Al-Gharbeh, einem Elendsquartier in Beirut.

nicht auf diese furchtbare und gefährliche Reise nach Europa aufmachen.

Im Libanon leben bereits eineinhalb Millionen Flüchtlinge bei einer Bevölkerungszahl von vier Millionen. Das Land fühlt sich von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen. Ist die Schweiz bereit, bei der Verteilung der Flüchtlinge mehr zu tun?

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern nimmt die Schweiz viele Flüchtlinge auf. Wir machen viel und darauf sollten wir stolz sein. Unsere Priorität liegt bei der Hilfe vor Ort. Wenn die Krise vorbei ist, sollen die Menschen zurückkehren können. Die Flüchtlinge in Jordanien sagten mir, dass sie zurück nach Syrien wollten. Das Problem ist die lange Dauer des Krieges. Die Hoffnung auf eine Rückkehr schwindet irgendwann. Darum braucht es dringend einen Durchbruch bei der Friedenspolitik.

Steht ein Durchbruch in Aussicht?

Wenn uns das gelingen würde, wäre ich sehr glücklich. Aber die Lage ist schwierig.

Welches ist Ihre Rolle in Bezug auf den Krieg in Syrien und auf die Friedensanstrengungen?

Bei den Friedensgesprächen unterstütze

ich die Mediation mit einem Team von Experten, die teilweise aus der Schweiz kommen. Im humanitären Bereich wollen wir erreichen, dass der Zugang zu den Menschen in Not verbessert wird. Auch müssen wir den Kampf gegen die Straflosigkeit führen. Nach dem Krieg muss ein neues Syrien aufgebaut werden - auf einer justiziellen Basis.

In Hay Al-Gharbeh, einem Elendsquartier im Süden von Beirut, kommt die Bundesrats-Eskorte zum Stehen. Neugierige Kinder scharen sich um den ihnen unbekanntem Mann im weissen Hemd. Sie denken wohl, dass er jemand Wichtiges sein muss, bei dem grossen Begleitschutz, der ihm auf Schritt und Tritt folgt. Burkhalter gibt sich volksnah. Er schüttelt den Kindern die Hände, streich über ihre Köpfe.

In Hay Al-Gharbeh haben Sie junge Menschen getroffen und mit ihnen über ihr Leben im Libanon gesprochen. Eine junge Frau sagte Ihnen, sie sehe für sich und ihr Land keine Perspektive. Was ging Ihnen in diesem Moment durch den Kopf?

Es bestätigte mir, was ich befürchte. Dass die internationale Gemeinschaft und auch wir in der Schweiz nicht fähig sind, für diese Generation und auch jene, die noch

kommt, eine lebenswerte Zukunft aufzubauen. Das ist gefährlich. Denn wenn es keine Perspektive gibt, werden junge Menschen vor schwierige Entscheidungen gezogen. In einigen Fällen könnte das der Rekrutierung von gewalttätigen Extremisten zugute kommen. Das müssen wir vermeiden.

Wie wollen Sie das tun?

Indem wir mit den lokalen Gemeinschaften zusammenarbeiten. Wie wir es beispielsweise in Hay Al-Gharbeh mit der Schule im Tahaddi-Zentrum tun. Dass diese jungen Menschen ihre Hoffnung behalten, ist nicht nur in ihrem Interesse, sondern auch in unserem. Denn wenn es schief läuft, werden auch wir die Konsequenzen zu tragen haben.

Die jungen Menschen erzählten Ihnen von ihren Problemen und stecken Hoffnung in Ihren Besuch. Wecken Sie da nicht falsche Erwartungen?

Nein, denn diese Leute profitierten ja gerade dank unseren Partnerschaften im Libanon von einer Bildung. Ich habe diesen Leuten gesagt, dass ich keine Versprechen machen kann. Aber das Interesse und die Würde, die wir den jungen Menschen geben können, sind etwas ebenso Wichtiges.

Die Schule im Tahaddi-Zentrum hat sich für den Bundesratsbesuch herausgeputzt. Die Tischtücher passen farblich zu den grünen Plastikstühlen. Serviert werden Früchte und libanesisches Gebäck. Burkhalter sitzt im Kreis neben Palästinensern, Syrern und Libanesen. Die einen sind seit 60 Jahren Flüchtlinge in einem Land, das ihnen keine Rechte zugesteht, die anderen warten sehnsüchtig auf ein Kriegsende. Und die dritte Gruppe, die Libanesen, müssen irgendwann mit den Krisen, die sich von Jahr zu Jahr zu addieren scheinen, klarkommen.

Was nehmen Sie aus den Gesprächen mit den jungen Leuten mit nach Hause?

Dass solche langen Krisen Wirkungen für die ganze Generation haben. Das ist ein riesiges Problem. In den Medien liest man von den Geschehnissen von heute, doch was in der Zukunft passiert, wissen wir nicht. In den Köpfen und in den Herzen dieser Generation wird diese Krise noch fortbestehen. Das ist ein Problem, das wir mit der ganzen internationalen Gemeinschaft lösen müssen. Die Schweiz muss einen Beitrag dafür leisten.

Was werden Sie Ihrer Frau von Ihrem Aufenthalt im Libanon erzählen?

Wenn ich zurückkomme, wird es schon viel zu spät sein und ich werde sie einfach schlafen lassen. Aber solche Dinge, die ich hier sehe, sind schwierig zu erzählen, weil man sie selbst erleben muss. Ich werde ihr sagen, was ich in meinem Herzen habe, wie immer. Aber das ist privat.

Juden kritisieren den Händedruck-Zwang

Die angedrohten Bussen der Baselbieter Bildungsdirektion sind umstritten: Gemäss Alt-Bundesrichter Giusep Nay fehlt eine gesetzliche Grundlage.

VON ANDREAS MAURER
UND CHRISTIAN MENSCH

Das international bekannte muslimische Brüderpaar der Therwiler Sekundarschule darf seinen Lehrerinnen den Händedruck nicht mehr verweigern. Dazu werden die Schüler von der Baselbieter Bildungsdirektion gezwungen. Diese droht Bussen bis zu 5000 Franken an. Nicht nur unter Muslimen ist die repressive Lösung umstritten.

Erstmals äussert auch der Schweizerische Israelitische Gemeindeverband Kritik. Generalsekretär Jonathan Kreutner sagt auf Anfrage: «Wir sind der Meinung, dass Schüler in der öffentlichen Schule ihren Lehrern die Hand geben sollten. Aber ein Händedruck-Zwang und die Androhung von Sanktionen sind nicht der richtige Weg.» Religiöse

Fragen dieser Art solle man nicht mit Zwang lösen, sondern mit gesundem Menschenverstand. «Hier geht vergessen, worum es eigentlich geht: Dass Schüler gegenüber Lehrern Respekt zeigen sollten», sagt Kreutner. Man könne sich auch auf andere Arten respektvoll begrüssen. Mit dem Rechtsgutachten würde die Situation für die Lehrer nicht einfacher. Es stellten sich neue Fragen. Zum Beispiel: Wann muss eine Schule nun mit Bussen reagieren? Müssen jetzt alle Lehrer ihre Schüler per Händedruck begrüssen?

Religiöse Konflikte befürchtet

Kreutner sagt: «Jeder Fall muss einzeln betrachtet werden, aber wir stellen generell fest, dass es für Religionsgemeinschaften schwieriger geworden ist, pragmatische Lösungen zu finden.» Or-



Juden-Vertreter Jonathan Kreutner (l.) und Alt-Bundesrichter Giusep Nay. HO/Key

thodoxe Juden, die Frauen den Händedruck verweigern, sind von den angedrohten Sanktionen zwar nicht betroffen, da sie Privatschulen besuchen. Doch auch moderate Juden profitieren von Sonderregelungen, etwa mit Dispensen für Feiertage. Je mehr das Zusammenleben der Religionen mit Bus-

sen statt Gesprächen gelöst wird, desto mehr Konflikte entstehen, wird in jüdischen Gemeinden befürchtet.

Juristen sind skeptisch

Der Konflikt in Therwil droht zu eskalieren. Die Schüler verweigern den Händedruck weiterhin. Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) hat bereits angekündigt, bis vor Bundesgericht zu gehen.

In einem Rechtsgutachten zitierte die Bildungsdirektion ein Urteil aus dem Jahr 2013. Doch dieses spricht eigentlich gegen sie. Damals hob das Bundesgericht ein Kopftuchverbot einer Thurgauer Schule auf. Die Schüler wurden vom Zürcher Anwalt Daniel Vischer vertreten. Dieser sagt: «Heute gibt es keine Rechtsgrundlage, den Handschlag einzufordern.»

Giusep Nay, ehemaliger Bundesrichter und aktueller Berater der OSZE für Fragen der Glaubens- und Religionsfreiheit, bestätigt: Die Rechtsabwägung der Bildungsdirektion entspreche «kaum» der Bundesgerichtspraxis. «In dieser Hinsicht überzeugt mich das Gutachten nicht», sagt er. Der Alt-Bundesrichter hofft, dass aus dem Therwiler Fall kein Bundesgerichtsfall wird. Auch wenn das Bundesgericht die Bussen aufheben würde - wovon er ausgeht -, könne daraus nicht geschlossen werden, dass alle Muslime den Handschlag verweigern dürften. Es wäre kein Präjudiz: «In diesem Bereich ist das Recht nicht der richtige Ort, um eine Lösung zu finden.» Gefordert sei die Pädagogik.

Ein Interview mit Alt-Bundesrichter Giusep Nay ist auf www.schweizsonntag.ch zu lesen.